



Wer wird der nächste Bundesärztekammerpräsident?

Am 28. Mai wählt der Deutsche Ärztetag den neuen Bundesärztekammerpräsidenten. Unter den Anwärtern auf das Amt sind zwei niedergelassene Ärzte. Beim SpiFa-Fachärztetag debattierten vier der sechs Kandidaten über nötige Reformen bei der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages.

Die Zeit ist reif für einen Neuanfang bei der Bundesärztekammer und eine Reform – darüber waren sich die Gäste der Podiumsdiskussion auf dem SpiFa-Fachärztetag einig. Von der Rolle des Bundesärztekammerpräsidenten hatten die anwesenden Kandidaten aber unterschiedliche Auffassungen. Das als Dreiergespann kandidierende Team Dr. Ellen Lundershausen (Ärztekammer Thüringen), Dr. Heidrun Gitter (Ärztekammer Bremen) und Dr. Klaus Reinhardt (Ärztekammer Westfalen-Lippe) gab sich innerärztlich kooperativ und kampflustig nach außen.

Dr. Gerald Qwitterer, der erst seit 2018 Präsident der Bayerischen Landesärztekammer ist, wollte mehr Fokus auf die satzungsmäßigen Aufgaben der Bundesärztekammer legen. Darunter falle für ihn, die Rahmenbedingungen für Ärzte zu gestalten. „Zwei meiner Kinder sind Mediziner geworden, eine davon hat Deutschland verlassen. Das treibt mich um“, sagte Qwitterer. Die beiden Bewerber aus der Riege der Krankenhausärzte, Dr. Günther Jonitz (Ärztekammer Berlin) und Dr. Martina Wenker (Ärztekammer Niedersachsen), konnten aus Termingründen nicht teilnehmen. Sie stellten sich jedoch den schriftlichen Fragen der Allianz Deutscher Ärzteverbände (siehe Kasten).

Konkreter wurde die Kammerpräsidentin aus Thüringen, Lundershausen: „Die Bundesärztekammer muss unsere ärztlichen Werte stärker leben und in einer modernen Sprache an die Ärzteschaft weitergeben. Wir müssen jedem Arzt in Deutschland plausibel erklären, warum er Pflichtmitglied der Ärztekammer ist“. Das Wissen um die Rolle der Bundesärztekammer sei essentiell, um den jüngeren Generationen das Selbstverständnis der Ärzteschaft als freier Berufsstand zu vermitteln.

Reinhardt erinnerte daran, dass das Privileg der ärztlichen Selbstverwaltung untrennbar mit der Freiberuflichkeit verbunden ist. Er zitierte den SpiFa-Vorsitzenden Dr. Dirk Heinrich, der in seiner Eröffnungsrede zum Fachärztetag gesagt hatte, ohne eine handlungsfähige Selbstverwaltung gehe die Balance im Gesundheitswesen verloren und es drohe der Absturz in die Staatsmedizin oder zum Arzt als Kaufmann. Beides wolle weder die Ärzteschaft noch die Politik.

Mehr Diskurs, mehr Zeit

Alle vier waren sich einig, dass die Bundesärztekammer wieder klare Botschaften brauche. Besonders GOÄ-Chefverhandler Reinhardt beschwor den Schulterchluss

aller Fachgruppen, Berufsverbände und Interessenvertretungen. Wenn man an einem Strang ziehe, habe man das nötige Gewicht in der politischen Diskussion mit Ministern, Parteien und anderen Akteuren im Gesundheitswesen. Aus diesem Grund kandidiere er auch nicht als Einzelperson, sondern in einem Team aus einem Hausarzt, einer grundversorgenden Fachärztin und einer Klinik-Fachärztin. Qwitterer stimmte zu, dass der Dialog der Ärzteschaft sich nicht auf den Deutschen Ärztetag beschränken dürfe, sondern ganzjährig geführt werden müsse.

Als oberste Forderung nannte Reinhardt: Mehr Zeit für Patienten. Darunter ließen sich vom Bürokratieabbau über den Honoraranspruch bis zur Fortbildung fast alle wichtigen Anliegen der Ärzteschaft subsumieren. Erreichen wolle er dieses Ziel mit gezielter Medienpräsenz, struktureller Arbeit und stärkerem Selbstvertrauen des Amtes. Die vertrauensvolle Beziehung zwischen Arzt und Patient sei das „Pfund, mit dem die Ärzteschaft gegenüber der Politik wuchern“ könne.

Neuer Arbeitsstil in der Kammer und am Ärztetag nötig

Reinhardt forderte, die Bundesärztekammer müsse proaktiver werden. Anstatt nur auf Impulse von außen zu reagieren, „müsse man Lösungen anbieten, bevor die Politik das Problem überhaupt erkannt hat“. Es sei fatal, wenn man wie in jüngster Vergangenheit Gesetze nur aus einer Verteidigungsposition heraus gestalten könne.

Auch die Arbeitsweise des Deutschen Ärztetages wurde vom Podium kritisiert. Reinhardt nannte das Format „eine Zumutung“, Lundershausen wünschte sich eine Reform nach Vorbild des Bayerischen Ärztetages, bei dem Sprecher aus den Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vorstellen. Der Deutsche Ärztetag dagegen verzettele sich zu häufig in Anträgen und Gegenanträgen. Beschlüsse allein seien kein Ausdruck politischer Schlagkraft. Sie forderte eine klare Kante und „ein bisschen mehr Rebellion“ gegenüber der Regierung.

Adrian Zagler

6 Fragen an die Kandidaten

Die Allianz der deutschen Ärzteverbände hat den Kandidaten für das Amt des Bundesärztekammerpräsidenten 6 Fragen gestellt. Die Antworten der Kandidaten können Sie auf www.nav-virchowbund.de/blog nachlesen.